

Wiener Riesenradplatz 2 - Grüne orten "Totalversagen"

Utl.: Ablöse von Laska gefordert - Auch Magistrat erstattete Anzeige
gegen Generalunternehmer
Wien/APA =

"Das ist Totalversagen" - So kommentierte die Klubchefin der Wiener Grünen, Maria Vassilakou, am Donnerstag in einer Pressekonferenz die vom Kontrollamt kritisierten Mängel. Planungssprecherin Sabine Gretner befand: "Der Eindruck hat sich verfestigt, dass es politischen Druck gab, das Projekt schnell durchzuziehen." Als politische Verantwortliche wurde von den Grünen die für den Prater zuständige Vizebürgermeisterin Grete Laska (S) genannt, deren Ablöse die Grünen heute erneut forderten.

Es sei eine Freude für eine Oppositionspolitikerin, vom Kontrollamt eine Bestätigung von wiederholt geäußerten Vorwürfe zu bekommen, erklärte Gretner. Dies betreffe etwa die Mehrkosten: Ursprünglich wurde ein Budget von 32 Mio. Euro veranschlagt. Letztendlich betrug die Herstellungskosten 39 Mio. Euro, wovon knapp über 20 Mio. Euro von der Stadt kommen, wie Laska zuletzt betont hatte.

Mit dem Aufwand für die Finanzierung wird das Projekt aber 59,7 Mio. Euro kosten, sagt nun das Kontrollamt. Wobei dieser Betrag aufgrund der höheren Finanzierungskosten durch die Finanzkrise noch steigen könnte, wie es in dem Bericht heißt. Laut Gretner müsse man außerdem bedenken, dass das Bauvorhaben noch nicht zur Gänze fertiggestellt und nach dem Ausgleich auch nur ein Teil der Forderungen der Subunternehmer beglichen worden sei.

Ein klares "Ja" kommt vom Kontrollamt zur Frage, ob eine öffentliche Ausschreibung notwendig gewesen wäre: Im gegenständlichen Fall sei ein Bauwerk "nach genauen Vorgaben der RRPE (Riesenradplatz Errichtungsgesellschaft, Anm.)" als öffentliche Auftraggeberin errichtet worden. "Bei der Vergabe der TotalunternehmerInnenleistung für den Riesenradplatz wären demnach die Bestimmungen des BVergG 2006 (Bundesvergabegesetz, Anm.) anzuwenden gewesen", so das Kontrollamt.

In weiterer Folge wurde ein Vertrag mit der "Explore 5D" geschlossen, die allerdings im Bericht nicht namentlich erwähnt wird, da sie kein Unternehmen der Stadt ist - im Gegensatz zur RRPE, die als "100-prozentige Enkelin" der Stadt bezeichnet wird. Jedenfalls wurde die Explore als Totalunternehmerin engagiert. Laut Kontrollamt hat sich die Berechtigung der Gesellschaft laut Gewerberegisterauszug aber lediglich auf die Organisation von Veranstaltungen bezogen.

Für ihre Tätigkeit am Riesenradplatz wäre hingegen eine Bauträger-oder Baumeisterbefugnis nötig gewesen. Brisantes Detail: Sogar das Magistrat erstattete deswegen eine Anzeige. Das Strafverfahren, so heißt es in dem Bericht, ist derzeit noch im Gang.

Das Kontrollamt hat weiters festgestellt, dass Teile des Projekts ohne Baubewilligung errichtet wurden, ein Gebäudeteil nicht mit dem Bebauungsplan übereinstimmt und auch Höhen überschritten wurden. Diese betragen bis zu 4,50 Meter - im konkreten Fall bei einer zulässigen Höhe von zwölf Metern.

Eher erstaunt zeigte sich das Kontrollamt auch von den Einreichplänen selbst: Diese hätten keine eindeutigen Nutzungsbeschreibungen - also etwa Veranstaltungsstätten, Büros oder Wohnungen - enthalten. Vielmehr sei laut den Plänen eine Nutzung als "Erlebnis", "Pre-Show", "Kaiserzimmer", "Area" oder "Tanzpodest" angegeben worden.
(Schluss) mac/hai

APA0392 2008-11-13/13:40

131340 Nov 08